



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

am 15./16. Juni treffen sich die Staats- und Regierungschefs routinemäßig zum Gipfel. Diesmal ist es ein Krisengipfel, der von zwei Themen dominiert sein wird, nämlich der Verfassung und der Neuordnung der europäischen Finanzen. Zum 1. Juli übernehmen die Briten turnusmäßig die europäische Präsidentschaft von den Luxemburgern. Tony Blair wird Farbe bekennen müssen, denn für das Krisenmanagement ist ein überzeugter Europäer gefordert.

EU-Verfassung

Wir müssen das Signal ernst nehmen. Die Ablehnung der Verfassung in Frankreich und den Niederlanden ist eine Forderung nach einer Kurskorrektur. Franzosen und Niederländer haben vor allem mit Blick auf eine unzureichende soziale Ausrichtung der Politik in ihren Heimatländern aber auch in der EU gegen die Verfassung gestimmt. Man kann nicht den Binnenmarkt einführen und die notwendige Wirtschafts- und sozialpolitische Zusammenarbeit vernachlässigen. Der Markt alleine wird es nicht richten.

Die Franzosen und Niederländer als Gründungsmitglieder der Europäischen Union sind immer pro-europäisch gewesen. Auch jetzt ist es vor allem die Kritik an ihren konservativ-liberalen Regierungen und die fehlende Beachtung der zentralen Sorgen der Menschen, die zu dem Abstimmungsergebnis geführt haben. Diese Sorge betrifft vor allem Arbeitsplätze und soziale Sicherheit. Wir müssen die Lehre aus den Abstimmungen aufnehmen und auch auf europäischer Ebene soziale Standards stark zu machen. Hier gibt es noch die Möglichkeit eine Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung zu geben. Bei einer Binnenhandelsquote von über 90% droht kein Wettbewerbsnachteil durch gemeinsame soziale und ökologische Standards. Eine Gefahr droht uns vielmehr, wenn wir uns innerhalb Europas einen Dumpingwettbewerb liefern, der auf dem Rücken der Menschen ausgetragen wird. Dann kann das Projekt Europa scheitern. Dann fehlt uns aber auch die richtige Antwort auf die Globalisierung. Deshalb muss die Vertiefung der Europäischen Union weiter betrieben werden. Am Ende muss ein gemeinsames politisches Fundament stehen, von dem aus Europa im 21. Jahrhundert handlungsfähig wird.

Neuordnung des Finanzrahmens der EU bis 2013

Mit einer Einigung über die Finanzausstattung der Europäischen Union für die kommenden sieben Jahre könnten die Staats- und Regierungschefs auf dem bevorstehenden Gipfel ein positives Signal setzen und zeigen, wie Ernst sie die Anliegen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger nehmen. Gerade nach den Rückschlägen auf dem Weg zu einer gemeinsamen Verfassung, muss aufgezeigt werden, dass die EU handlungsfähig bleibt und eine Zukunftsperspektive hat.

Verantwortlich für den Finanzrahmen sind das Europäische Parlament und die im Rat vereinigten 25

Finanzminister, die über den jährlichen Haushalt und jetzt aktuell über die "Finanzielle Vorausschau" 2007-2013 verhandeln. Um bei den Partnern und Nutznießern Planungssicherheit zu schaffen, wird die Finanzausstattung über einen größeren Zeitraum festgelegt. Um die Haushaltsdisziplin zu garantieren, wird die Größenordnung des EU-Haushaltes als ein Prozentsatz der Wirtschaftsleistung, also des Bruttosozialprodukts, fixiert. Dabei gilt, dass wer mehr erwirtschaftet, auch mehr einzahlt. Bisher war die vereinbarte Obergrenze 1,24 %, doch praktisch lagen die jährlichen Budgets der EU mit etwas über 1 % darunter und regelmäßig erhalten die nationalen Haushalte am Ende des Jahres Rückzahlungen.

Angesichts der wirtschaftlich angespannten Lage sollen auch in Zukunft die Kosten der EU so gering wie möglich gehalten werden. Das Europäische Parlament hat sich mit großer Mehrheit auf 1,07 % (883 Mrd. Euro für sieben Jahre) geeinigt, während der Verhandlungsführer des Rates, der Luxemburger Ratspräsident, jüngst einen Kompromiss von 1,06 % (ca. 873 Mrd. Euro) vorgelegt hat. Die Verhandlungen bleiben schwierig.

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament unterstützen einen Haushalt, der dem europäischen Mehrwert dient. Manche Aufgaben können allein auf nationaler Ebene nicht angegangen werden; wie der Aufbau europaweiter Verkehrsnetze. Andere Projekte sind einfach kostengünstiger und effektiver, wenn sie gemeinsam durchgeführt werden; wie z.B. viele Projekte in der Forschung. Viele EU-Aktivitäten unterstützen und ergänzen nationale Bemühungen, wie bei der Strukturförderung benachteiligter Regionen oder bei Qualifizierungsmaßnahmen für den Strukturwandel.

Fit für Europa?

Wer uns am Schnellsten die richtige Antwort zu der folgenden Frage per E-Mail sendet, erhält ein Europa-Handtuch.

Frage: Wer übernimmt zum 1. Juli 2005 die europäische Präsidentschaft?

- a) Tony Blair
- b) Jacques Chirac
- c) Jean-Claude Juncker

Der Gewinner des letzten Quiz ist Daniel Weber aus Rödermark.

Europäisches Parlament
Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel: 0032 2 28 45342
Fax: 0032 2 28 49342

Europabüro
Fischerfeldstraße 7-11
D-60311 Frankfurt
Tel: 069 299888510
Fax: 069 299888511

www.udobullmann.de
udo.bullmann@spd.de